www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern, Januar, Nr. 1-2019

SVP UDC

#bernstark

AZB 3000 Bern 25

Für unser schönes Bärnbiet

Werner Salzmann, Nationalrat und Parteipräsident, Mülchi

Es ist schweizweit ein Hochkonjunkturjahr – für Zeitungen, Plakatfirmen, Druckereien und neuerdings für Informatiker, Kleiderberater, Stimmtrainer und Influencer. Im Wahljahr geht es aber um mehr als die Ankurbelung der Wirtschaft.

Es geht darum, dass es den Bernerinnen und Bernern dank der SVP morgen besser gehen soll als heute. Wir müssen etwas tun gegen den Druck aus der EU, die Überbevölkerung, gegen das Ausnützen der Sozialwerke und gegen die ständig steigenden Krankenkassenprämien.

Gemütlich im sicheren Daheim

Wer verbringt nicht gerne einen gemütlichen Abend im sicheren Zuhause mit seinen Liebsten. Es ist aber keine Selbstverständlichkeit, dass dies so ist. Dass wir in einem freien, sicheren Land in Wohlstand solche Abende geniessen können, hat ganz viel mit der SVP zu tun. Das verdanken wir all den vielen SVPler, die sich mit politischer Knochenarbeit an Sitzungen, Flyeraktionen und Plakatieren engagieren anstatt ebensolche Abende einfach zu geniessen.

Es ist die SVP, die seit 100 Jahren dafür kämpft, dass die Schweiz Schweiz bleibt und Misstände im Asylwesen aufgedeckt werden. Wir engagieren uns dafür, dass Arbeit sich lohnt, der Gewerbler nicht im Formularkrieg erstickt und die Bauern auf hohem Niveau produzieren und nicht einfach staatliche Landschaftsgärtner sind. Es ist auch die SVP, welche dafür gesorgt hat, dass wir nicht in der EU sind und daher die Löhne im Land anständig sind und wir nicht über 20 % Mehrwertsteuer bezahlen müssen.

Nicht auf den Lorbeeren ausruhen

Wir dürfen stolz sein auf die SVP, ihre Werte und ihre Kraft. Aber das reicht nicht. Es gibt noch viel zu tun und wir wollen es anpacken. Wir wollen dafür sorgen, dass ältere Arbeitnehmer nicht den Platz für billige Arbeitskräfte aus dem Ausland räumen müssen, dass Sozialhilfebezüger nicht besser gestellt sind als Chrampfer und dass Steuergelder nicht einfach für Prestigeprojekte von Politikern vergeudet werden.

Deshalb steigen wir mit starken Kräften in die Wahlen für unser schönes Bärnbiet. Ob Stadt oder Region, *francophone* oder *bärndütsch*, wir alle sind die SVP-Familie! Nicht als Freund – Feind – Parteifreund, sondern nach dem Motto zämeha, zämestah u zämegah! Zäme packe mrs, für Bärn! En avant – tous ensemble !

Werner Salzmann

STAND

Ich stimme – weil's wirkt!

Im Kanton Bern geht in punkto Abstimmungen dieses Jahr die Post ab.

Im Februar geht es um das Polizeigesetz: Vandalen sollen künftig bei Demoschäden zahlen. Wir stimmen gleichzeitig auch über eine weiter Verschärfung des Energiegesetzes ab: Ölheizungen sollen möglichst rasch der Garaus gemacht werden. Im Mai schliesslich geht es dann um das Sozialhilfegesetz: Neue Anreizsysteme sollen junge arbeitslose Männer dazu bringen, wenigstens die Sprache zu lernen.

Die Schweiz wird mit Argusaugen auf den Kanton Bern blicken, vor allem die Energiegesetzverschärfung und der Umbau des Sozialhilfegesetzes haben Signalwirkung. Wir alle sind also gefordert, mit unserem Stimmzettel dem NEIN zum Energiegesetz und dem JA zum Sozialhilfegesetz zum Durchbruch zu verhelfen. Zeigen wir, dass der Kanton Bern so bürgerlich ist, wie dies die Linken uns immer vorhalten! Stimmen wir, weil es wichtig ist und weil es wirkt!

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

Wahlen 2019
Elections nationales

Werner Salzmann als Ständeratskandidat nominiert.

Seite 2

Zersiedelungsintiative
Stopper le mitage

NEIN zu dieser schädlichen und kontraproduktiven Vorlage.

Seite 3

Kantonales Energiegesetz
Loi cantonale sur l'énergie

NEIN zu ineffizienten Vorschriften und Sanierungszwängen.

Seite 4

Polizeigesetz
Loi sur la police

JA zu mehr Sicherheit und weniger Bürokratie.

Seite 5

Mit starken Kandidatinnen und Kandidaten in die Wahlen 2019!

An der Delegiertenversammlung vom 14. Januar 2019 wurden weitere Entscheide für die nationalen Wahlen 2019 getroffen: Mit Applaus haben die Delegierten Werner Salzmann als Ständeratskandidaten nominiert.

Im Weiteren haben die Delegierten Nadja Günthör als 23. Kandidatin auf der Nationalratsliste nominiert. Die Delegierten sprachen sich mit überwältigendem Mehr auch für eine Ausnahmeregelung zur Amtszeitbeschränkung aus, um Adrian Amstutz zu einer erneuten Kandidatur zu bewegen. Adrian Amstutz erbat indes noch Bedenkzeit und hat nun entschieden, dass er nicht nochmals kandidieren wird (s. Kasten). Zur Besetzung der 24. und letzten Linie schlägt der Parteivorstand nun Michelle Singer vor, die Nomination erfolgt an der DV vom 10. April. An der Delegiertenversammlung präsentierte sich auch die Liste der Jungen SVP mit Plakaten.

Somit ist die Ausgangslage geklärt, die SVP Kanton Bern tritt mit folgendem Kandidatinnen und Kandidaten zu den Nationalratswahlen an:

Liste 1, SVP Kanton Bern

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf
Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert
Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bäriswil
Erich Hess, Nationalrat, Bern
Nadja Pieren, Nationalrätin, Heimiswil
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf
Werner Salzmann, Nationalrat, Mülchi
Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad
Madeleine Amstutz, Grossrätin und Fraktionspräsidentin, Sigriswil
Alfred Bärtschi, Grossrat, Lützelflüh
Beat Bösiger, Grossrat, Niederbipp
Markus Gerber, Präsident swissherdbook, Bellelay
Nadja Günthör, Kommunikationsmanagerin, Erlach
Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach
Stefan Hofer, Grossrat, Bern
Thomas Knutti, Grossrat, Weissenburg
Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg
Eveline Küng, Präsidentin vsi, Belp
Raphael Lanz, Grossrat, Thun
Andreas Michel, Grossrat, Meiringen
Hans Jörg Rüegsegger, Grossrat, Riggisberg
Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen
Sandra Schneider, Grossrätin, Biel
Michelle Singer, Drucktechnologin, Utzenstorf (Nomin. am 10.04.)

Liste 2, JSVP Kanton Bern

Tina Schluep, apprentie employée de commerce, Moutier
Andreas Gerber, Milchtechnologe EFZ, Eggiwil
Nils Fiechter, Kaufmann EFZ, Frutigen
Adrian Spahr, Polizist mit eidg. Fachausweis, Lengnau
Lars Dubach, Betriebswirtschaftler HF, Heimberg
Yannick Buchter, Controller, Ostermundigen
Janosch Weyermann, Tourismusfachmann HF, Bern
Linda Allemann, Kauffrau EFZ, Belp
Dominik Dummermuth, Geschichts- und Germanistikstudent, Lyss
Samantha Estoppey, Notarin, Bellmund
Patrick Grütter, Bauwerktrenner, Seeberg
Oliver Häusler, Kaufmann EFZ, Leuzigen
Christoph Henz, Bankkaufmann EFZ, Seedorf
Désirée Keller, Keramikerin i.A., Thörishaus
Nico Mundwiler, Schreiner EFZ, Oberdiessbach
Maxime Ochsenbein, Educateur, Bévilard
Jan Pauli, Plattenleger EFZ, Büren a. A.
Julien Rochat, chef de groupe, Bienne
Anja Senti, Architekturstudentin, Zeichnerin EFZ, Bellmund
Fiona Siegfried, Fachfrau Hauswirtschaft EFZ, Kirchdorf
Nico Tschanz, Lokführer i.A., Ostermundigen
Anissa Weyermann, Immobilienkauffrau EFZ, Utzenstorf
Fabian Widmer, Lüftungsanlagebauer, Service-Techniker HF, Kaufdorf
Fabian Wyssen, Detailhandelsfachmann EFZ, Frutigen

Konzentration auf Aufgabe als Wahlkampfleiter SVP Schweiz

Es ist eine Ehre für mich, dass die Delegiertenversammlung der bernischen SVP nahezu einstimmig den Wunsch äusserte, dass ich erneut kandidieren soll. Ich habe mich aber entschieden, nicht mehr für den Nationalrat zu kandidieren.

Ich will die mit der Erreichung des 65. Lebensjahres geschmiedeten Zukunftspläne, zusammen mit meiner Familie und in der Hoffnung auf gute Gesundheit, umsetzen.

Jetzt freue ich mich, voll motiviert und mit ganzer Kraft bis Ende Oktober 2019 meinen Wählerauftrag im Nationalrat und auch als Wahlkampfleiter der SVP Schweiz wie versprochen zu erfüllen.

NEIN zur Initiative der jungen Grünen „Zersiedelung stoppen- für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“

Nadja Pieren, Nationalrätin, Heimiswil

Was will die Initiative der jungen Grünen?

- Sie will die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz einfrieren.
- Neue Bauzonen dürfen nur geschaffen werden, wenn andernorts eine mindestens gleichgrosse Fläche ausgezont wird
- Bund, Kantone und Gemeinden müssen nachhaltige Formen des Wohnens und Arbeitens fördern

Warum sagen Bundesrat und Parlament NEIN zu dieser radikalen Initiative:

Das Anliegen, Natur und Landschaften in der Schweiz zu erhalten, ist berechtigt. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2013 müssen Kantone und Gemeinden zu grosse Bauzonen verkleinern und gelten strenge Regeln gegen die Zersiedelung. Siedlungsflächen werden längst gut genutzt und neue Bauzonen nur massvoll festgelegt.

Welche Folgen hätte die Initiative:

Die Initiative nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von Bevölkerung, Wirtschaft und Landwirtschaft oder auf regionale und kantonale Unterschiede.

- Die **Bevölkerung** müsste mit steigenden Wohnungspreisen rechnen
- Die **Wirtschaft** würde geschwächt, da Neuansiedlungen sowie An- und Ausbauten bestehender Firmen verhindert würden. Das wäre vor allem für KMUs schädlich
- Bodenunabhängige Bauten der **Landwirtschaft** wie Schweinehallen oder Gewächshäuser könnten nicht mehr auf Landwirtschaftsland erstellt, sondern müssten in einer Bauzone gebaut werden. Ein Schweinestall in der Industrie wäre aber unpassend und der Boden ist in solchen Zonen massiv teurer
- **Gemeinden und Kantone,** die bisher zurückhaltend eingezont haben, würden benachteiligt, da die Initiative die Bauzonen einfrieren will
- Bautätigkeiten würden dorthin verlagert, wo es noch Bauland gibt. Die **Zersiedelung würde verstärkt**
- Gemeinden und Kantone könnten ihr Bauland untereinander abtauschen. Vor allem grosse, finanzstarke Firmen und Bauherren würden gewinnen. **Verlierer wären Landregionen und KMU.**

Bund, Kantonen und Gemeinden ist es längst wichtig, neue Bauzonen massvoll festzulegen. Der nachhaltige Umgang mit dem Boden wird durch das RPG erreicht. Ein kompletter Bauzonen-Stopp ist unrealistisch und zu starr.

Wer wirklich Sorge zum Boden tragen will, muss die Zuwanderung steuern, denn diese bedeutet Bevölkerungswachstum und mehr Infrastruktur wie Strassen, ÖV, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten usw.

Ich sage **klar und überzeugt NEIN** zu dieser Initiative mit ihrem starren Bauzonen-Stopp, der die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft ausser Acht lässt und in unseren Föderalismus eingreift.

Eidg. Volksabstimmerung vom 10. Februar 2019

Volksinitiative „Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)“: **NEIN** (grossmehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 4 Enthaltungen)

NON à l'initiative des Jeunes Verts «Stopper le mitage – pour un développement durable du milieu bâti»

Que demande l'initiative des Jeunes Verts :

- *le gel de la surface totale des zones à bâtir en Suisse*
- *la création de nouvelles zones à bâtir ne sera autorisée que si une autre surface d'une taille au moins équivalente sera déclassée.*
- *la Confédération, les cantons et les communes doivent créer des formes durables d'habitat et de travail.*

Le Conseil fédéral et le Parlement disent clairement NON à cette initiative radicale. Pourquoi ?

Le souci de garder intact le paysage en Suisse est justifié. La révision de la loi sur l'aménagement du territoire adoptée en 2013 oblige déjà les cantons et les communes à réduire les zones à bâtir ayant une trop grande superficie. Les règles strictes ont pour objectif de lutter contre le mitage.

Quelles conséquences auraient cette initiative pour notre pays:

L'initiative ne tient compte ni des besoins de la population, de l'économie et l'agriculture ni des particularités régionales et cantonales.

- *La **population** devrait compter avec une augmentation massive du prix des logements.*
- *L'**économie** serait affaiblie, car il y aurait moins de nouvelles implantations d'entreprises. Les entreprises existantes ne pourraient plus s'agrandir.*
- *Dans les **régions rurales**, il ne serait plus possible d'édifier des constructions hors sol pour l'élevage de porcs et de volailles. Il faudrait les édifier dans une zone à bâtir. Le sol dans ces zones est beaucoup trop cher pour les agriculteurs.*
- ***Les communes et les cantons** qui ont planifié jusqu'à aujourd'hui leurs zones à bâtir avec re-tenue seraient sanctionnés puisque l'initiative demande le gel total du milieu bâti à l'état actuel.*
- *Des activités de construction seraient déplacées dans des zones à bâtir, ce qui **éventuellement augmenterait le mitage.***
- *Les communes et les cantons pourraient échanger leur terrain à bâtir entre eux. Cela avantagerait particulièrement les entreprises et les maîtres d'ouvrage bien situés financièrement. **Les perdantes seraient les régions rurales et périphériques ainsi que les petites et moyennes entreprises.***

Il est déjà important pour la Confédération, les cantons et les communes d'exploiter le milieu bâti et de déterminer avec modération de nouvelles zones à bâtir. Un gel absolu des zones à bâtir serait irréaliste et bien trop rigide.

*Je dis un **NON clair et convaincu** à cette initiative avec son gel absolu des zones à bâtir qui ne tient pas compte des besoins de la population et de l'économie.*

Nein zum kantonalen Energiegesetz

Lars Guggisberg, Grossrat, Kirchlindach

Allein im Gebäudebereich werden schweizweit rund 15 Mrd. jährlich für energieeffizienzsteigernde Sanierungen aufgewendet und der Kanton Bern zählt bereits heute zu den Kantonen mit den strengsten Energievorschriften. Dennoch will der Kanton mit neuen, bürokratischen Vorschriften den Hauseigentümern und Mietern zusätzliche Kosten aufhalsen. Die Revision des Energiegesetzes (KEnG) ist ineffizient, schiesst über das Ziel hinaus, führt zu einem Regulierungsdschungel, wirkt teilweise kontraproduktiv und verteuert das Wohnen.

Regulierungsdschungel: Die Revision des KEnG bezweckt, die Gesetzgebung zu harmonisieren. Die Regelungen wären aber uneinheitlich, weil jede Gemeinde die Kompetenz zu weiteren Verschärfungen erhält. Administrativer Mehraufwand und zusätzliche Kosten bei Bauprojekten sind die Folge.

Quasi-Verbot von Ölheizungen: Bei Neubauten werden heute kaum noch Ölheizungen eingebaut. Trotzdem will das KEnG mit einer Nachweis- und Bewilligungspflicht eine unnötige Bürokratie aufbauen. Bei bestehenden Gebäuden gibt es hohe Hürden, wenn eine Öl- oder Gasheizung durch ein gleichartiges Heizsystem ersetzt wird. Der Besitzer muss zuerst nachweisen, dass sein Haus gut isoliert ist, oder dieses energetisch sanieren. Der administrativ-technische Aufwand ist beträchtlich und führt dazu, dass der Ersatz ineffizienter alter Heizungen möglichst lange hinausgezögert wird – das ist kontraproduktiv. Bei einem Heizungsausfall im Winter gäbe es zudem untragbare Verzögerungen.

Sanierungszwänge: Elektroboiler in Wohnbauten müssen nach 20 Jahren ersetzt werden, Leuchtreklamen und Schaufensterbeleuchtungen innert 5 Jahren. Solche bürokratischen Zwänge sind abzulehnen. Ganz abgesehen davon kann die Ersatzpflicht für elektrische Wassererwärmer oft zu technischen Schwierigkeiten und hohen Kosten führen, da sich längst nicht alle Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien eignen.

Nein zu teuren Mietzinsen: Auch Mieter würden zur Kasse gebeten. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen zeigt: Nach einer energetischen Sanierung steigen die Mieten an, die Heiznebenkosten sinken aber nicht in vergleichbarem Mass.

Fazit: Die Revision des KEnG beschränkt sich auf zusätzliche Vorschriften. Diese sind entweder energiewirtschaftlich fragwürdig oder belasten Hauseigentümer und Mieter unverhältnismässig. Es braucht deshalb ein Nein, auch um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen im Kanton Bern zu erhalten.

Kant. Volksabstimmung vom 10. Februar 2019

Änderung des kantonalen Energiegesetzes:
NEIN (einstimmig bei 2 Enthaltungen)

Non à la loi cantonale sur l'énergie le 10 février 2019

Rien que dans le domaine du bâtiment, quelque 15 milliards de francs sont investis chaque année dans l'assainissement. Le canton de Berne est l'un des cantons avec les prescriptions énergétiques les plus strictes. Néanmoins, il veut imposer les propriétaires et les locataires avec de nouvelles prescriptions. La révision de la loi cantonale sur l'énergie (LCEn) est inefficace, déclenche une jungle législative, est en certains points contre-productive et influe sur le prix de l'habitat.

Foisonnement de réglementations : *La révision de la LCEn vise à harmoniser la législation, mais les nouvelles règlementations seraient hétérogènes, car chaque commune pourra encore la durcir. Cela conduit à une surcharge administrative et à des coûts supplémentaires.*

Quasi-interdiction du chauffage au mazout: *Les nouveaux bâtiments ne sont déjà pratiquement plus équipés de chauffages au mazout. Pourtant, la LCEn veut créer une bureaucratie inutile en instaurant des preuves et des autorisations obligatoires. La loi pose des obstacles de taille au remplacement d'un chauffage au mazout ou au gaz par une installation semblable. Le propriétaire doit d'abord fournir la preuve que sa maison est bien isolée ou réaliser un assainissement énergétique. En cas de panne de chauffage en hiver, la loi cause en outre des retards difficiles à gérer.*

Rénovations forcées: *Les chauffe-eau électriques des bâtiments d'habitation doivent être remplacés au bout de 20 ans, les réclames lumineuses et les luminaires des vitrines dans les cinq ans. Pareilles contraintes bureaucratiques doivent être refusées. En outre, l'obligation de remplacer un chauffe-eau électrique cause souvent de problèmes techniques et engendre des coûts importants. Car l'utilisation d'énergies renouvelables n'est pas forcément appropriée dans certains endroits.*

Non aux loyers trop chers: *Les locataires aussi devraient passer à la caisse. Une étude mandatée par l'Office fédéral du logement montre clairement que l'assainissement énergétique est suivi d'une augmentation des loyers et la baisse des charges de chauffage n'atteint toutefois pas les mêmes proportions.*
Conclusion: *La révision de la LCEn se limite à des contraintes supplémentaires. Celles-ci sont soit peu pertinentes du point de vue énergétique ou pèsent financièrement sur les propriétaires et les locataires de façon incommensurable.*

Ein gutbernischer Kompromiss

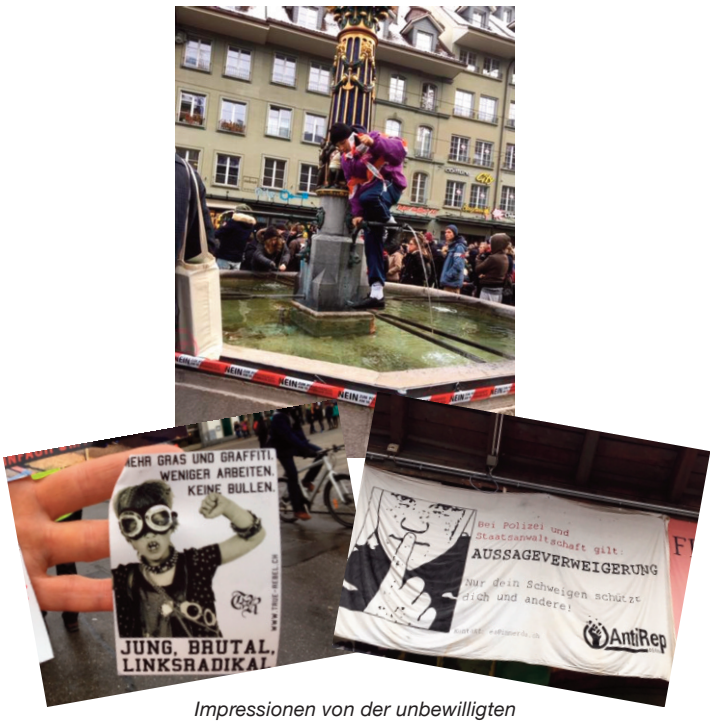
Patrick Freudiger, Grossrat, Langenthal

Die Polizei hat den anspruchsvollen Auftrag, kriminellem Handeln vorzubeugen oder dieses aufzuklären. Dazu braucht sie aber gute Rahmenbedingungen.

Das heutige Polizeigesetz bedarf nach verschiedenen Teilrevisionen einer Gesamtüberarbeitung. Die wesentlichen Grundzüge des bernischen Polizeirechts bleiben zwar unverändert. Dennoch erbringt das neue Gesetz namhafte Verbesserungen:

- **Weniger Bürokratie:** Die Gemeinden bezahlen künftig einen Pauschalbetrag an die polizeiliche Ereignisbewältigung und die polizeilich gebotene Vollzugshilfe. Das heutige Abrechnungssystem erweist sich demgegenüber oft als bürokratisch, etwa wenn Polizeieinsätze pro Gemeinde erfasst und abgegrenzt werden müssen oder wenn Einsätze bei Überschreiten eines Schwellenwerts detailliert in Rechnung zu stellen sind.
- Kommt es bei Veranstaltungen zu Gewaltausübung, können mit dem neuen Polizeigesetz die Gemeinden den Gewalttätern die Kosten des Polizeieinsatzes ab Beginn der Gewaltausübung teilweise in Rechnung stellen. Bei unbewilligten Demonstrationen gilt dieses **Recht zur Kostenüberbindung** auch zu Lasten der Veranstalter. Richtig so: Die Versammlungsfreiheit ist kein Freipass zu Gewalt und zum Missachten von Vorschriften. Die Kostenauflage bleibt stets verhältnismässig und ist gegen oben begrenzt.
- Neu kann die Polizei Personen auch dann **wegweisen, wenn sie auf einem Grundstück ohne Erlaubnis des Eigentümers campieren.** Das betrifft namentlich Fahrende. Die Polizei kann bei Nichtbefolgung der Anordnung das Gelände aber erst räumen, wenn ein Transitplatz zur Verfügung steht. Dieser Vorbehalt gewährleistet die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage bis ins Mitte-links-Lager.
- **Die polizeiliche Vorermittlung wird transparent geregelt** und moderat gestärkt. Die Kompetenzen sind namentlich zur Verhinderung oder späteren Verfolgung von Aktivitäten im Bereich der Internetkriminalität oder des Menschenhandels wichtig. Zudem kann die Polizei mit dem neuen Gesetz häusliche Gewalt und Stalking besser bekämpfen.

Das neue Polizeigesetz schafft eine **gute Balance zwischen Sicherheit und Freiheit.** Es wird von einer breiten bürgerlichen Allianz unterstützt. Die links-grünen Gegner haben bis heute keine überzeugenden Alternativen präsentiert. Das neue Polizeigesetz verdient unsere Zustimmung.



Impressionen von der unbewilligten Demo gegen das Polizeigesetz

Kant. Volksabstimmung vom 10. Februar 2019

Polizeigesetz: **JA** (einstimmig ohne Enthaltungen)

Un bon compromis bernois

La police doit remplir un mandat très exigeant puisqu'elle doit parer à des actions criminelles ou les élucider. Elle doit donc disposer de bonnes conditions-cadres et d'instruments pertinents.

Après diverses révisions partielles, la loi sur la police doit aujourd'hui être remaniée entièrement. Les principes essentiels du droit bernois de la police restent inchangés, mais les points suivants ont été adaptés sur la base de l'expérience :

- ***Moins de bureaucratie:*** *les communes versent un montant forfaitaire pour les interventions de la police lors d'événements et l'exécution des tâches de police. Le système actuel de décompte est souvent très bureaucratique, par exemple lors d'interventions de la police à spécifier par la commune ou quand une intervention doit être facturée en détail lors d'une manifestation.*
- *Si, dès l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur la police, il y a des actes de violence, les communes pourront* ***facturer une partie des coûts de l'intervention*** *de la police à compter du début de la manifestation. Si une manifestation n'a pas été autorisée ou si les manifestants ne se sont pas tenus aux consignes et qu'il y a de la casse, les coûts seront à la charge de l'organisateur. C'est pertinent, car la liberté de rassemblement n'est pas un passe-partout pour une violation du droit. Les coûts restent proportionnels et sont limités vers le haut.*
- *Désormais, la police peut* ***expulser des personnes qui s'installent sur un terrain sans y être autorisées.*** *Ceci concerne ainsi les gens du voyage. Des directives sur le stationnement non autorisé existent déjà, la police peut ainsi demander aux intrus de quitter les lieux, mais seulement quand une place de transit est à disposition. Ce geste de complaisance va loin, mais il garantit au moins l'acceptation jusque dans les rangs du centre-gauche.*
- ***Les enquêtes préliminaires de la police sont réglées de façon plus transparente*** *et renforcées avec modération. Les compétences sont notamment importantes pour empêcher ou poursuivre des activités dans le domaine la cybercriminalité ou la traite des êtres humains. De plus, la police a désormais plus de compétences pour lutter contre la violence domestique et le harcèlement de personnes.*

La nouvelle loi sur la police qui est ***un bon équilibre entre sécurité et liberté*** *est soutenue par une large alliance du centre. Les adversaires gauche-vert n'ont jusqu'à aujourd'hui pas présenté d'alternative convaincante. La nouvelle loi sur la police mérite votre approbation.*

Stadt Bern – der rot-grüne Filz wird allmächtig

Thomas Fuchs, aNationalrat, Präsident SVP Stadt Bern

Velos sind Trumpf, Velofahrende haben und nehmen sich alle Rechte heraus. Auf Berns Strassen kommen einem diese aus allen Richtungen und in allen Formen (mit und ohne Anhänger, beladen mit Waren, Kindern usw.) entgegen. Geld für Veloförderung ist im Überfluss für alles Erdenkliche vorhanden, von unzähligen Veloverleihstationen, Veloparkplätzen bis zu einer teuren Velobrücke über die Aare, sozusagen als Denkmal für die zuständige Gemeinderätin Ursula Wyss. Beim neu entstehenden Bahnhof soll die Zahl der Veloparkplätze sagenhafte 10‘000 Stück betragen. Gewerbeparkplätze weichen immer mehr Velospuren, Quartierparkplätze werden mit Sitzbänken versperrt und man möchte Bern zu einer Velostadt wie Amsterdam umfunktionieren. Topographische Unterschiede hin oder her.

Schandfleck Reitschule

Geld in Hülle und Fülle ist auch für den Schandfleck Reitschule vorhanden. Die Missstände rund um dieses Gebäude nehmen kein Ende und die Linken werden nicht müde, den „Kulturbetrieb“ über den grünen Klee zu loben. Die böse Polizei möge doch die armen Jugendlichen nicht immer mit ihrer Uniform provozieren. Interessant ist ein uns zugegangenes Schreiben von Polizeidirektor Nause an die Aufsichtskommission (AK) des Stadtrates im Zusammenhang mit dem massiven Krawallen von Anfang September 2018.
Zitat: Das Kontakttelefon wurde nicht bedient. Betreiber und Sicherheitsdienst der Reitschule können nicht gewährleisten, dass das Dach der Reitschule nicht betreten wird. Von dort aus werden die Sicherheitskräfte wiederholt und massiv angegriffen. Trotz behördlicher Aufforderung, den Glascontainer unter Verschluss zu halten, stand dieser als „Wurfdepot“ zur Verfügung. Betreiber und Sicherheitsdienst der Reitschule können einen geordneten Zugang zum Gebäude nicht gewährleisten: Für Angriffe auf die Sicherheitskräfte und den jeweils folgenden Rückzug wurde das Tor geöffnet bzw. wieder geschlossen.

Untätige Behörden

Brisant ist es, dass sich wahrscheinlich einzelne Mitglieder der AK bei besagtem Polizeieinsatz ebenfalls in der Reitschule aufgehalten haben. Natürlich kein Grund für diese Mitglieder in den Ausstand zu treten – in der Stadt Bern ist dies nicht nötig. Der Stadtrat macht nichts, der Gemeinderat macht nichts, der Stadtpräsident muss sich erst einlesen, der Regierungsstatthalter und Parteigenosse kann und will nichts unternehmen und der Denkmalpflege sind die Hände gebunden, um etwas gegen die Verschandelung des geschützten Objekte zu unternehmen. Wenn man doch nur gegenüber den anständigen Hauseigentümern auch so viel Rücksicht nehmen würde.

Rote Linien für Polizei

Schon fast lustig ist es, dass die Reitschule dem Polizeidirektor kürzlich ein Hausverbot erteilt hat. Das ist so, wie wenn Hausbesetzer oder Einbrecher dem Eigentümer verbieten, sein eigenes Haus zu betreten. Die gleichen Linksaktivisten haben vor der Reitschule am Boden zudem rote Linien gezogen um zu zeigen, bis wo die Polizei Zutritt hat. Nun, die Idee ist gar nicht so schlecht, aber man sollte die rote Linie dazu benutzen um aufzuzeigen, wo die Stadt für die Reitschulaktivisten aufhört. Zudem müsste man das grosse Tor schlicht und einfach abmontieren und entfernen, dann wäre der Rücktrittsort schon mal nicht mehr geschützt. Aber wer soll es machen, wenn niemand politische Rückendeckung gibt und das Kantonsparlament mehrheitlich eine Volksinitiative von Nationalrat Erich Hess kurzerhand für ungültig erklärt hat, weil man wusste, dass das Berner Stimmvolk diesem Reitschulzauber an der Urne ein Ende bereitet hätte.

Die immer weniger werdenden Bürgerlichen sind zunehmen ratlos und irritiert. Was sind für Ergebnisse zu erwarten, wenn der Verdacht der Voreingenommenheit, Befangenheit und Unvereinbarkeit derart gross ist? Kein Wunder wird alles unternommen, um die SVP zu schwächen. Bitter ist es aber vor allem darum, weil auch die FDP sich den linken Spielchen zumindest zu Teilen anschliesst. Ein Phänomen, das wir leider auch auf Kantons- und Bundesebene immer wieder feststellen. Umso konsequenter und wichtiger ist es, dass die SVP-Wähler bei allen kommenden Wahlen strikte nur SVP-Kandidierende wählen, welche für einen klaren Parteikurs einstehen und den Mut haben, dies auch öffentlich zu sagen. Zudem müssen in der Regionalkonferenz die kleineren und mittleren Gemeinden auf die Hinteren stehen und unmissverständlich klarmachen, dass man diesen linken Filz-Kulturkuchen nicht weiter mitfinanzieren will. Nur so bringen wir die nötigen Mehrheiten und Korrekturen endlich auch ins Ziel.

Thomas Fuchs

Bern: ohne Autos, nur noch mit Velos – das Endziel der rot-grünen Mehrheit

Bern: Auch wenn die Gäste wegbleiben: Anbauten dürfen nicht beheizt werden, Sonnenschirme mit Werbung verboten

Die SVP-Grossrätinnen für einmal privat

In den beiden letzten Ausgaben des #bernstark-Journals haben wir Ihnen unsere Grossrätinnen vorgestellt. Verena Aebischer, Sabina Geissbühler, Christine Gerber, Anne-Caroline Graber, Annegret Hebeisen und Barbara Josi haben Sie bereits kennengelernt. Denn Abschluss machen nun Madeleine Amstutz, Andrea Gschwend, Anne Speiser und Sandra Schneider.

Madeleine Amstutz

Steckbrief Sigriswil, 39, ledig, Dipl. Betriebswirtschafterin, Führungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Executive Master of Business Administration

Freizeit: Reisen, Sport, mit Patenkindern etwas unternehmen

Shoppinggewohnheiten: Gehe wenig schoppen

Liebste Reiseziele: Schweiz, insbesondere Engadin, Partnergemeinde in Argentinien, Australien

Grösster Tick: Ärger über Stau auf den Strassen

Beste Eigenschaften: Gradlinige Politik

Grösster Aufsteller/Ärgernis: Begegnungen mit Menschen

Lieblingslektüre: Lese momentan politische Akten anstelle von Büchern

Dem werde ich im Grossen Rat mit Respekt begegnen: Um die bürgerlichen Anliegen „durchzubringen“ braucht es Mehrheiten im Parlament

Auf das freue ich mich als Grossrätin: Als Fraktionspräsidentin mich weiterhin für die SVP Anliegen im Kanton Bern einsetzen zu dürfen

Sandra Schneider

Steckbrief: Biel/Bienne, 26 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder, Kauffrau EFZ

Freizeit: Wenn es ein Politik-freies Wochenende gibt, geniesse ich Ausflüge in die Berge oder an den schönen Bielersee. Ansonsten lese ich sehr gerne Bücher, höre viel Musik oder besuche das Kino.

Shoppinggewohnheiten: Für Mode und Makeup bin ich immer zu haben… ;-)

Liebste Reiseziele: Mit meinem Mann habe ich Städtereisen entdeckt. Besonders gefällt mir Wien. Die Stadt versprüht einen unglaublichen Zauber und hat mich völlig in ihren Bann gezogen.

Grösster Tick: Mein Mann würde sagen: Mode und Makeup – ich weiss nicht, was er damit meint… ;-)

Beste Eigenschaften: Ich kann sehr beharrlich sein. Dies hat mir in der Politik schon oft geholfen.

Grösster Aufsteller: 2016 wurde ich mit dem besten Resultat aller Kandidaten wieder in den Stadtrat gewählt. Und im März reichte es mir in den Grossen Rat. Mit beidem habe ich nicht gerechnet – umso mehr freute ich mich darüber und bin meinen Wählern äusserst dankbar!

Lieblingsbücher: Am liebsten lese ich Krimis, aber auch historische Romane gefallen mir sehr. Aktuell liegt ein Krimi von Adler Olsen auf meinem Nachttisch.

Dem werde ich im Grossen Rat mit Respekt begegnen: Gleich wie im Stadtrat: Ich möchte nah bei den Leuten sein und ihre Sorgen und Nöte aufnehmen und ihre Interessen vertreten.

Auf das freue ich mich als Grossrätin: Auf weitere Spardebatten. Die Steuerbelastung für Unternehmen und Bürger muss endlich gesenkt werden!

Andrea Gschwend-Pieren

Steckbrief: Kaltacker, 39 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder, Betriebswirtschafterin lic.oec.HSG / Unternehmerin, Kaltacker

Freizeit: Motorrad und Ski fahren, Reisen

Shoppinggewohnheiten: Habe ich nebst Beruf und Politik überhaupt noch Zeit zum shoppen?

Liebste Reiseziele: Grindelwald und Südafrika

Grösster Tick: Hoffentlich einen Tick besser

Beste Eigenschaften: Offen, humorvoll und immer gut drauf

Grösster Aufsteller/Ärgernis: Grösster Aufsteller: meine Wiederwahl in den Grossen Rat, Grösstes Ärgernis: die Schleicher auf der Strasse, wenn ich selber im Stress bin

Lieblingslektüre: Sessionsunterlagen

Dem werde ich im Grossen Rat mit Respekt begegenen: Der bürgerlichen Zusammenarbeit

Auf das freue ich mich als Grossrätin: Auf Tamara Funiciello ;-) Und natürlich auf meine Fraktionskolleginnen und –kollegen, und darauf, mit ihnen zusammen zu arbeiten zugunsten unseres schönen Kantons.

Anne Speiser-Niess

Steckbrief: Zweisimmen, 56 Jahre alt, verheiratet, 3 Kinder & 2 Enkelkinder, Familienfrau & Projektberaterin

Freizeit: Walken, Skifahren, Lesen & Kochen

Shoppinggewohnheiten: 95 % meiner Einkäufe (inkl. Kleider, Schuhe, Sportartikel) kaufe ich in Zweisimmen ein. Aus Solidarität zum Dorf, und aus Überzeugung da wir top Angebote haben.

Liebste Reiseziele: Elsass, meine Heimat, um meine Familie, 4 Geschwister, Eltern & Freunde zu besuchen und gut zu Essen

Grösster Tick : Fotos meiner Enkelinnen dauernd anschauen und möglichst vielen zeigen

Beste Eigenschaften : Beharrlichkeit

Grösster Aufsteller/Ärgernis: Aufsteller: Gründung des Geburtshauses Maternité Alpine in Zweisimmen 2015 (nach der Schliessung der Geburtenabteilung im Spital Zweisimmen)
Ärgernis: schleppender Entscheid über die akute Grundversorgung der Region Simmental/Saanenland

Lieblingslektüre: Bibel, Kochbücher

Dem werde ich im Grossen Rat mit Respekt begegenen: Auch wenn die Diskussionen und Verhandlungen hart sind, den Menschen würdevoll und mit Respekt begegnen

Auf das freue ich mich als Grossrätin: Mich weiterhin für den ländlichen Raum & das Berggebiet einzusetzen. Sich dem Thema Stadt Land Graben zu stellen

SVP Senioren

Einladung zur Hauptversammlung der SVP Senioren Kanton Bern

Der Vorstand lädt alle SVP-Mitglieder und -Sympathisanten ein zur ordentlichen Hauptversammlung 2019:

Dienstag, 14. Mai 2019 um 13.30 Uhr im Landgasthof Schönbühl, alte Bernstr. 11, Urtenen-Schönbühl

Programm:

A) Hauptversammlung

B) Referat Ständeratskandidat Werner Salzmann, SVP-Kantonalpräsident und Nationalrat

Thema: Die aktuellen Herausforderungen für die SVP Kt. Bern

C) Warum ist ein Vorsorgeauftrag gerade auch für Senioren wichtig?

Referat: MLaw Manuela Zimmermann, Notarin & Rechtsanwältin, Langenthal / Bern

ca.16.00 Uhr: Zvieri und gemütliches Beisammensein (Zvieri-Teller: Fr. 20.--)

ca. 17.00 Uhr: Schluss der Veranstaltung

Anmeldungen mit/ohne Zvieri möglichst bis Dienstag, 7. Mai 2019 bitte an den Präsidenten: Ulrich Iseli, Postfach 70, 4934 Madiswil.

E-Mail: ulrich.iseli@besonet.ch / Tel.: 079 644 79 16

Minger-Biografie zum Vorzugspreis!

Rechtzeitig zum 100. Jahrestag der Bierhübelirede ist eine neue Biografie über Rudolf Minger erschienen. Der Autor Konrad Stamm, Historiker und Journalist, recherchierte dafür während dreieinhalb Jahren.

Exklusiv für SVP-Mitglieder:

Vorzugspreis von Fr. 35.– statt Fr. 48.–
(letzte Exemplare!)

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

Das Restaurant Kleefeld, der beliebte Treff in Bern-Bümpliz, startete am 8. Januar 2019 mit einem neuen Team unter der Leitung von Nationalrat Erich Hess ins neue Jahr.

Gerne verwöhnen wir Sie mit zahlreichen köstlichen Spezialitäten aus gut bürgerlicher Küche!

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, gemütliches Bistro / Tea-Room, Fumoir, Sommer-Terrasse, lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilbar in zwei Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, etc.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Nationalrat Erich Hess und das Team des Restaurants Kleefeld

Restaurant Kleefeld

Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch

www.rest-kleefeld.ch

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag

Gutschein
für 1 Gratis-Kugel Mövenpick-Glacé
Gutschein gültig bis am 31.12.2019